

Mag. Andreas Reichhardt
Bundesminister

An den
Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

andreas.reichhardt@bmvit.gv.at
+43 1 711 62-658000
Radetzkystraße 2, 1030 Wien
Österreich

Geschäftszahl: BMVIT-9.000/0030-I/PR3/2019

14. Juni 2019

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr.ⁱⁿ Zadic, Kolleginnen und Kollegen haben am 23. April 2019 unter der **Nr. 3365/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend mögliche politische Einflussnahme Russlands auf die FPÖ und die von ihr geführten Ministerien gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Welche Informationen liegen Ihnen, Ihrem Kabinett und/oder dem Ministerium und seinen (nachgeordneten) Dienststellen, über Kontakte, politisches Engagement (z.B. Teilnahme an Delegationen/Dienstreisen nach Russland und auf die von Russland völkerrechtswidrig annektierte Krim; Veranstaltungen wie dem Jalta-Wirtschaftsforum oder russischer Wahlbeobachtungsmissionen), (Geschäfts-)Beziehungen und dergleichen von Ministeriums-Mitarbeiter zum russischen Staatsapparat (Regierung, Verwaltung, Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste, staatsnahe Unternehmen und dgl.), zu russischen Politikern, Parteien sowie russischen Geschäftsleuten vor?*
- *Stehen Sie oder Ihre Ministeriums-Mitarbeiter in einem regelmäßigen Austausch mit dem russischen Staatsapparat (Regierung, Verwaltung, Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste, staatsnahe Unternehmen und dgl.), russischen Politikern sowie russischen Geschäftsleuten?*
 - a. *Wenn ja, in welchem Rahmen findet dieser Austausch statt?*
 - b. *Wenn ja, wie häufig stehen Sie und Ihr Ministerium seit Beginn Ihrer Funktionsperiode in solchem Austausch?*
 - c. *Wurde der Austausch seit Beginn Ihrer Funktionsperiode (im Vergleich zu früheren Amtsinhabern) intensiviert, und wenn ja, warum?*
 - d. *Wie stellen Sie und Ihr Ministerium sicher, dass es zu keiner Vereinnahmung Ihrer Mitarbeiter durch russische Staatsbedienstete und Politiker kommt?*

- e. *Wie bewerten Sie und Ihr Ministerium den hier beschriebenen Austausch angesichts der bestehenden Sanktionen, die aufgrund der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim gegen Russland verhängt wurden?*

Es handelt sich um keinen Gegenstand der Vollziehung.

Ergänzend wird angemerkt, dass Kontakte, welche nicht dienstlicher Natur sind, nur dann Gegenstand der Vollziehung sind, wenn es sich um Dienstpflichtverletzungen handelt.

Zu Frage 3:

- *Können Sie ausschließen, dass Sie oder Ihre Kabinettsmitarbeiter Veranstaltungen gemeinsam mit dem Suwrow-Institut und/oder den Akteuren des Suwrow-Instituts planen und/oder an Veranstaltungen des Suwrow-Instituts teilnehmen?*

Mir ist kein „Suwrow-Institut“ bekannt und mir ist auch nicht bekannt, dass ein Kabinettsmitarbeiter meines Vorgängers an einer Veranstaltung des „Suwrow-Instituts“ teilgenommen bzw. eine Veranstaltung mit diesem geplant hätte.

Zu den Fragen 4 bis 8:

- *Welchen Einfluss hat der in der Begründung angeführte „Freundschaftsvertrag“ zwischen der FPÖ und Putins Partei „Einiges Russland“ auf Ihre Arbeit als Minister?*
- *Sind Ministeriumsbedienstete daran beteiligt, den Verpflichtungen aus dem in der Begründung angeführten „Freundschaftsvertrag“ zwischen der FPÖ und Putins Partei „Einiges Russland“ nachzukommen?*
- *Stellt der „Freundschaftsvertrag“ zwischen der FPÖ und Putins Partei „Einiges Russland“ eine Gefahr für die kommenden Wahlen zum EU Parlament dar?*
- a. *Wenn ja, welche Gefahr sehen Sie?*
- b. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Sind Sie der Ansicht, dass Ihr Ministerium aufgrund des FPÖ-Naheverhältnisses zu Russland, welches durch den „Freundschaftsvertrag“ mit Putins Partei „Einiges Russland“ zum Ausdruck kommt, auch „die Interessen der Russischen Föderation“ fördern konnte?*
- *Sollte die FPÖ diesen „Freundschaftsvertrag“ mit Putins Partei „Einiges Russland“ aufkündigen?*

Ein Vertrag zweier politischer Parteien betrifft keinen Gegenstand der Vollziehung.

Zu den Fragen 9, 15 und 17:

- *Welche Maßnahmen setzen Sie bzw. werden Sie setzen, um eine befürchtete russische Einflussnahme, sei es durch russische Staatsbedienstete und/oder Politiker oder ihnen nahestehenden Personen, auf die Wahlen zum europäischen Parlament 2019 zu verhindern?*
- *Welche konkreten Maßnahmen setzen Sie in Ihrem Vollzugsbereich, bzw. haben Sie in der Vergangenheit gesetzt, um Beeinflussung von Wahlen, namentlich EU-Wahlen, aber auch kommende Landtags- und Nationalratswahlen, vor der Beeinflussung durch Russland/Behörden usw. zu schützen?*
- a. *Falls keine, weshalb nicht?*
- *Welche konkreten Maßnahmen werden Sie setzen, um eine mögliche Beeinflussung der kommenden europäischen Wahlen durch russische Staatsbedienstete und/oder Politiker zu verhindern?*
- a. *Falls keine, weshalb nicht?*

Hierzu darf auf die Beantwortung des BMI hinsichtlich der parlamentarischen Anfrage 3366/J verwiesen werden.

Zu den Fragen 10 bis 12:

- *Wie stellen Sie und Ihre Kabinettsmitarbeiter sicher, dass Ihre Ministeriumsmitarbeiter, wenn sie an Russland- und Krim-Reisen teilnehmen, nicht durch russische Staatsbedienstete und Politiker vereinnahmt werden?*
- *Wie schützen Sie und Ihr Ministerium Mitarbeiter vor der Beeinflussung durch russische Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden?*
- *Können Sie ausschließen, dass russische Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden versucht haben, Sie oder Ihre Ministeriumsmitarbeiter für ihre Zwecke zu beeinflussen?*

Sicherheitsüberprüfungen werden in Erfüllung der allgemeinen Dienstpflicht durchgeführt. Die Mitarbeiter sind zudem in der Lage, illegitime Einflussnahmen zu erkennen.

Zu den Fragen 13 und 14:

- *Sind Ihnen und Ihrem Ministerium Fälle von Instrumentalisierung von Abgeordneten, Regierungsvertretern und dgl. wie jener des AfD-Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier bekannt?*
- *Werden Sie und Ihr Ministerium nach Bekanntwerden dieser Versuche Russlands zur Einflussnahme auf die Innen- und Außenpolitik europäischer Staaten Maßnahmen setzen, um einer solcher Vereinnahmung entgegenzuwirken?*
 - a. *Wenn ja, welche Maßnahmen werden Sie und Ihr Ministerium setzen?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Nein. Dabei handelt es sich um keinen Gegenstand der Vollziehung.

Zu Frage 16:

- *Welche konkreten Maßnahmen setzen Sie in Ihrem Vollzugsbereich bzw. haben Sie in der Vergangenheit gesetzt, um Verbreitung russischer Propaganda Informationen und/oder Fake-News zu verhindern?*
 - a. *Falls keine, weshalb nicht?*

Hinsichtlich der Beantwortung dieser Frage darf auf die Ausführungen des BMEIA zur parlamentarischen Anfrage 3369/J verwiesen werden.

Zu Frage 18:

- *Ist der Freundschaftsvertrag für Sie wichtiger als die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung oder werden Sie sich für die Aufkündigung des Vertrags setzen?*

Es handelt hierbei um keinen Gegenstand der Vollziehung.

Mag. Andreas Reichhardt

